

COP 29-Diplomatie liefert absolut vage Versprechen in einem Jahrzehnt

geschrieben von Chris Frey | 27. November 2024

[David Wojick](#)

In der „Finanzvereinbarung“ von Cop 29 ist Diplomatie wirklich die Kunst, sich auf nichts zu einigen. Es gibt keine substanzielle Vereinbarung, weil es keine Substanz in dieser Vereinbarung gibt. Jede Seite bekommt eines Tages ihre Nummer und das ist alles.

Schauen wir uns den eigentlichen Text an, um das Nichts zu sehen. Erinnern wir uns aber zunächst daran, was eigentlich geschehen sollte. Das Pariser Abkommen verpflichtete die Industrieländer dazu, den Entwicklungsländern bis 2025 jährlich 100 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Auf der COP 29 sollte diese jährliche Zahlung ab 2026 einfach nach oben korrigiert werden. Das ist nicht geschehen, nicht einmal annähernd.

Das Fiasko begann, als die Entwicklungsländer riesige, unmögliche Summen um die 1,3 Billionen Dollar forderten. Das setzte eine Reihe von Nebenschritten in Gang, die zu der jetzigen Vereinbarung führten, die sich stark von dem angestrebten Ziel unterscheidet.

Zunächst einmal ist die jährliche Zahlung von 1,3 Billionen Dollar vorhanden, aber sie erfolgt „bis 2035“, also in zehn Jahren und nicht schon 2026. Ich kann mir vorstellen, dass man das bis ein paar Jahre nach Trumps Ausscheiden aus dem Amt hinauszögert, aber diese Leute sind auf ihre Fünfjahrespläne fixiert.

Außerdem muss dieses Geld nicht von den Industrieländern kommen und schon gar nicht von ihren Regierungen. Erstens soll es „aus allen öffentlichen und privaten Quellen“ kommen. Zweitens wurden die förderfähigen Quellen auf alle Entwicklungsländer sowie die Industrieländer ausgeweitet.

Diese beiden Bestimmungen haben das Konzept der Klimafinanzierung grundlegend verändert. Früher ging es nur um staatliche Gelder, die von den Industrieländern in die Entwicklungsländer flossen. Jetzt klingt es so, als ob jede klimabezogene Investition oder jeder Beitrag zählt, der in einem Entwicklungsland landet.

Es wird eine große Herausforderung sein, dies herauszufinden. Wenn China zum Beispiel eine Offshore-Windkraftanlage baut, und davon gibt es viele, ist das dann eine Klimafinanzierung? Was ist, wenn sie in Indonesien gebaut werden?

Oh, und es sieht so aus, als würden auch Kohlekraftwerke zählen. In den

ersten Entwürfen des Abkommens wurde die Anrechnung von Kohlekraftwerken ausgeschlossen, weil die Leute dies im Namen der Anpassung taten. Strom zu haben, ist sicherlich hilfreich, wenn extreme Wetterbedingungen auftreten. Aber dieses Verbot taucht in der endgültigen Vereinbarung nicht auf, so dass die Praxis erlaubt zu sein scheint.

Dann ist da noch die andere große Zahl, die 300 Milliarden Dollar pro Jahr. Es wird allgemein angenommen, dass sie die 100 Milliarden Dollar pro Jahr ersetzen soll, die das Pariser Abkommen bis 2025 vorsieht. CBS hat zum Beispiel eine Schlagzeile, in der es heißt: „Bei den UN-Klimagesprächen auf der COP29 wurde eine Einigung über 300 Milliarden Dollar pro Jahr erzielt (statt 100 Milliarden Dollar).“

Das ist falsch, denn auch hier heißt es in der neuen Vereinbarung, das Ziel sei „bis 2035“. Auch kommt nicht notwendigerweise die gesamte (oder irgendeine) dieser entfernten Summe von den Industrieländern, wie es bei den jährlichen 100 Milliarden Dollar der Fall war. In der neuen Vereinbarung heißt es lediglich, dass „die entwickelten Länder als Vertragsparteien die Führung übernehmen“. (Unter Vertragsparteien ist das Pariser Abkommen zu verstehen.)

Die „Übernahme der Führung“ ist ein äußerst vager Begriff. Es könnte bedeuten, mehr als die Hälfte, sagen wir 151 Milliarden Dollar, zu zahlen. Oder einfach nur der größte Geber mit sagen wir 20 Milliarden Dollar zu sein. Oder auch nur eine Reihe von Werbeaktionen durchzuführen, um private Investoren zu Investitionen zu bewegen, die vielleicht nur Millionen betragen.

Das ganze Fiasko wird deutlich, wenn wir uns fragen, was der Finanzbedarf oder das Ziel für 2026 ist. Es gibt keinen, auch nicht für irgendein anderes Jahr bis 2035. Auch ist niemand dafür verantwortlich, diese weit entfernten Ziele zu erreichen.

Kurz gesagt, das ist ein riesiges Durcheinander und hat nichts mit dem zu tun, was im Pariser Abkommen gefordert wurde. Regulatorische Verwirrung ist ein langjähriges Spezialgebiet von mir, und dies ist so schlimm, wie ich es noch nie gesehen habe. Aber das kommt dabei heraus, wenn ein komplexer Deal für viel Geld am Sonntag um 2:40 Uhr morgens von Leuten abgeschlossen wird, die seit Tagen nicht viel geschlafen haben.

Sicherlich werden die nächsten COPs und viele kleinere Treffen damit verbracht werden, diese hoffnungslos vage und ernsthaft falsch formulierte Vereinbarung zu korrigieren. Wenn sie aber bis 2035 warten wollen, ohne dass es bis dahin eine Finanzierung gibt, dann ist das für mich in Ordnung.

Ein faszinierender Nebenaspekt ist, dass die Entwicklungsländer Berichten zufolge in ihren offiziellen Klimaplänen bis 2030 Kosten in Höhe von etwa 10 Billionen Dollar veranschlagt haben. Diese sind alle von der Bereitstellung von Finanzmitteln abhängig, was nach diesem Abkommen nicht der Fall sein muss.

Das Spiel um das große Geld ist gerade erst eröffnet worden, und es herrscht ein heilloses Durcheinander. Schauen wir mal, wie es weitergeht.

Link:

<https://www.cfact.org/2024/11/25/cop-29-diplomacy-delivers-perfectly-vague-promises-a-decade-away/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Sie versuchen, uns zum Schweigen zu bringen: Der Krieg der G20 gegen Klima-Skeptizismus

geschrieben von Chris Frey | 27. November 2024

[Charles Rotter](#)

Der G20-Gipfel in Brasilien ist ein weiteres abschreckendes Beispiel für die Übertreibung des Orwell'schen Systems: Unter dem Motto „Bekämpfung von Desinformation“ wurde eine neue internationale Initiative zur Unterdrückung abweichender Meinungen vorgestellt. Dieses jüngste [Projekt](#) mit der Bezeichnung „Global Initiative for Information Integrity on Climate Change“ (Globale Initiative für Informationsintegrität zum Klimawandel) wird von den Vereinten Nationen und der UNESCO angeführt. Mit einer finanziellen Kriegskasse, die von Nationen wie UK, Frankreich und Schweden bereitgestellt wird, geht es bei dieser Initiative nicht um „Wahrheit“ oder „Wissenschaft“ – sondern ausschließlich um Kontrolle.

Sie bringt Länder, internationale Organisationen und Interessenvertreter aus aller Welt zusammen und hat zum Ziel, die Integrität von Informationen über den Klimawandel zu fördern und zu verteidigen, gegen Desinformation vorzugehen und das Bewusstsein für den Klimawandel und die entsprechenden Maßnahmen zu stärken. Sie umfasst einen globalen Fonds, der die Erforschung von Desinformationen über den Klimawandel und Initiativen zur Förderung der Informationsintegrität finanzieren wird. –

[Link](#)

Nennen wir es das, was es ist: ein unverhohlener Versuch, jeden zum Schweigen zu bringen, der das sogenannte Klimakrisen-Narrativ in Frage stellt. Unter dem Deckmantel der Bekämpfung von „Fehlinformationen“ versuchen diese globalen Bürokratien, freies Denken zu unterdrücken und

kritische Stimmen aus der Öffentlichkeit auszulöschen. Dies ist nicht nur ein Angriff auf Skeptiker – es ist ein Angriff auf den offenen Diskurs selbst.

Die Initiative: Ein Wolf mit grünem Fell

Ihren öffentlichen Erklärungen zufolge will die Initiative gemeinnützige Organisationen für „Forschung“ und „öffentliche Sensibilisierungskampagnen“ finanzieren. Sie schaffen auch ein, wie sie es nennen, „internationales Forschungsnetzwerk“, um sogenannte Desinformationen zu identifizieren und zu unterdrücken. Mit anderen Worten: Sie bauen einen Apparat auf, um gegenteilige Standpunkte als gefährliche Lügen abzustempeln und ihre Zensur zu rechtfertigen, damit sie in Vergessenheit geraten.

UN-Generalsekretär António Guterres erklärte mit seinem typischen Paternalismus Desinformation zu einer Bedrohung für den Klimaschutz und sogar für die Demokratie selbst. Der nicht ganz so subtile Subtext? Wenn Sie es wagen, deren Dogma in Frage zu stellen, sind Sie das Problem.

„Wir müssen auch gegen Klima-Desinformation vorgehen“, sagte Guterres. „Unser Klima ist an einer kritischen Grenze angelangt.“

Die Historie: Die Unterdrückung von Skeptikern vom ersten Tag an

Dies ist nicht das erste Mal, dass Klimaskeptiker ins Visier genommen werden. Bereits 2010 begann Google mit der Manipulation von Suchergebnissen, um skeptische Stimmen zu benachteiligen. Eine französische [Studie](#) zeigte, wie Skeptiker damals die Online-Suchergebnisse dominierten, was zu einer konzertierten Aktion führte, um ihre Ansichten unter Bergen von alarmistischer Propaganda zu begraben. Blogs wie Pensée Unique und Werke von Claude Allègre erregten genug Aufmerksamkeit, um den Zorn des Establishments auf sich zu ziehen.

Dank des Zusammenwirkens von Big Tech, Regierungen und gemeinnützigen Organisationen ist der „Zensur-Industriekomplex“ zu einer mächtigen und heimtückischen Kraft geworden. Gruppen wie die Cybersecurity und Infrastructure Security Agency (CISA) in den Vereinigten Staaten sowie private Einrichtungen wie [NewsGuard](#) verschwören sich routinemäßig, um abweichende Stimmen zu markieren, zu unterdrücken und zu delegitimieren.

Wir haben das schon einmal erlebt. Die [Twitter Files](#) legten das Ausmaß dieser Absprachen offen und enthüllten, wie soziale Medienplattformen mit Regierungsbehörden zusammenarbeiteten, um Beiträge zu unterdrücken und Nutzer von der Plattform zu entfernen, welche von der genehmigten Darstellung abwichen. Es geht nicht darum, die Öffentlichkeit vor Unwahrheiten zu schützen – es geht darum, die Debatte zu unterbinden.

Warum diese Angst?

Die globalen Eliten haben vor allem vor einer Angst: die Kontrolle zu verlieren. Trotz jahrzehntelanger Propaganda ist die öffentliche Skepsis gegenüber dem katastrophalen Klimawandel gewachsen. Jede fehlgeschlagene Vorhersage – von der „eisfreien Arktis“ bis zum Zusammenbruch der Eisbärpopulationen – untergräbt ihre Glaubwürdigkeit. Und mit jedem neuen Bericht, der die astronomischen **Kosten** der Net-Zero-Politik aufzeigt, fragen sich immer mehr Menschen, ob das sogenannte Heilmittel schlimmer ist als die Krankheit.

Anstatt diese berechtigten Fragen zu beantworten versucht das Klima-Establishment, seine Kritiker zum Schweigen zu bringen. Sie wissen, dass ihre Modelle fehlerhaft sind, dass ihre Daten selektiv ausgewählt wurden und dass ihre politischen Vorgaben ruinös sind. Doch anstatt ihre Position neu zu bewerten, setzen sie auf Zensur.

Die wahren Kosten der Unterdrückung von Andersdenkenden

Dies ist nicht nur eine theoretische Übung. Die Folgen der Unterdrückung des Klimaskeptizismus sind real und verheerend. Politik wie der Green New Deal und Net Zero sind mit enormen Kosten verbunden – sowohl wirtschaftlich als auch sozial. Ganze Industriezweige werden demontiert, die Energiepreise schießen in die Höhe, und Entwicklungsländer werden unter Druck gesetzt, damit sie auf bezahlbare fossile Brennstoffe verzichten.

In der Zwischenzeit sind die so genannten Lösungen – Windturbinen, Solarzellen und Elektrofahrzeuge – voller Probleme, von unzuverlässiger Energieerzeugung bis hin zu massiver Umweltzerstörung. Aber wenn man diese unbequemen Wahrheiten ausspricht, wird man zur Zielscheibe internationaler Unterdrückung.

Ein dringender Aufruf zum Handeln

Machen Sie keinen Fehler: Dies ist ein Kampf um die Seele der freien Forschung. Wenn es den Klimaalarmisten gelingt, abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen, werden die Folgen weit über die Klimapolitik hinausgehen. Der Präzedenzfall ist klar: Wer nicht mit dem Elitekonsens übereinstimmt, wird ausgelöscht.

Hier geht es nicht nur um Klimaskeptiker – es geht um das Recht, Fragen zu stellen, Beweise zu verlangen und die Machthaber zur Rechenschaft zu ziehen. Wenn diese Rechte aufgegeben werden, werden sie auch vor dem Klimawandel nicht Halt machen. Wenn die Zensurmaschinerie erst einmal aufgebaut ist, wird sie dazu benutzt werden, abweichende Meinungen auf allen Gebieten zum Schweigen zu bringen.

Die Initiative der G20 sollte jeden empören, der die Freiheit schätzt. Es ist nicht die Aufgabe von Regierungen oder internationalen

Organisationen, zu entscheiden, welche Ideen zulässig sind. Es ist an der Zeit, sich gegen diese autoritäre Übervorteilung zu wehren und eine offene, ehrliche Debatte über den Klimawandel – und alles andere – zu fordern.

Denn wenn sie uns zum Schweigen bringen, wer wird dann noch für die Wahrheit eintreten?

Unterstützen Sie den Kampf für freie Untersuchungen!

Seit fast zwei Jahrzehnten ist [Watts Up With That?](https://wattsupwiththat.com) ein Leuchtturm für Klimarealismus und ein unermüdlicher Verfechter der freien Meinungsäußerung angesichts der zunehmenden Zensur. Als weltweit meistbesuchte Website zu Klimathemen hat sie sich gegen Fehlinformationen über „Desinformation“ gewehrt und eine Plattform für wissenschaftsbasierte Skepsis geschaffen.

Aber dieser Kampf ist nicht einfach. Zensur, Boykott und algorithmische Manipulationen haben es schwieriger denn je gemacht, diejenigen zu erreichen, welche die Wahrheit hören müssen. Wenn Sie an die Bedeutung offener Debatten und die Notwendigkeit glauben, die vorherrschenden Narrative zu hinterfragen, sollten Sie Watts Up With That? [unterstützen](#) – sei es durch das Teilen von Artikeln, durch finanzielle Beiträge oder einfach durch die Verbreitung der Nachricht.

Ihre Unterstützung ist jetzt wichtiger denn je. Gemeinsam können wir sicherstellen, dass die Stimmen der Vernunft, des Skeptizismus und der Wissenschaft stark bleiben.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2024/11/22/theyre-trying-to-silence-us-the-g-20s-war-on-climate-skepticism/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Zwei Leserbriefe zum Theater in Baku

geschrieben von Chris Frey | 27. November 2024

Christian Freuer

Vorbemerkung: Hier folgen zwei Leserbriefe, die ich an meine Zeitung geschrieben habe, beide zum Thema „Klimakonferenz“ in Baku. Der erste datiert vom Beginn dieser komischen Konferenz mit Bezug zum entsprechenden Kommentar, der zweite mit Bezug zum Kommentar zum Ende. Der Wortlaut der Kommentare ist unwichtig, der Tenor geht aus den

Briefen hervor. Der erste Brief ist natürlich nicht veröffentlicht, und ich denke, dass auch der zweite nicht durch die Redaktions-interne Zensur kommt.

Es wird demnächst im angelsächsischen Bereich sicher Beiträge dazu geben, die viel fundierter auf alles eingehen als ich mit diesen beiden Briefen, das wird auch übersetzt. Ich selbst glaube, hier nur den „gesunden Menschenverstand“ bemüht zu haben. – Ende Vorbemerkung

Zum Artikel „Planet hat keine Zeit zu verlieren“

MM Nr. 245 vom 23. Oktober 2024, Rubrik „Weltspiegel“

Sehr geehrte Redaktion,

leider widmen Sie dieser Veranstaltung in Baku wie jedes Jahr viel Aufmerksamkeit. Dabei haben die dort Versammelten nichts weiter im Sinn, als mit ihrem Krieg gegen das Kohlendioxid in der Luft das Leben auf der Erde insgesamt zu bekämpfen. Außerdem versammeln sich dort die wahren Leugner des Klimawandels. Geleugnet wird **erstens**, dass es Klimawandel schon immer gab seit die Erde selbst besteht. Geleugnet wird **zweitens**, dass es die meisten Zeit der Erdgeschichte viel wärmer war als heute (zuletzt vor etwa 1000 Jahren) mit einer eisfreien Arktis und fast gletscherfreien Alpen. Geleugnet wird **drittens** (und das finde ich am Gravierendsten), dass diese Warmzeiten grundsätzlich Zeiten waren, in denen das Leben auf der Erde aufblühte. Auch die geringe aktuelle Erwärmung hat ja laut NOAA schon zu einer zunehmenden Ergrünung der Erde geführt. Und für dieses Theater der wirklichen Klimaleugner wird auch noch sehr viel unserer Steuergelder aufgewendet.

Zum Kommentar „Abschluss der Klimakonferenz – zäh, aber unverzichtbar“ von Marc Beyer

MM Nr. 272 von Montag, dem 25. November 2024, Seite 2

Sehr geehrter Herr Beyer, liebe MM-Redaktion,

Sie halten es also für unverzichtbar, dass (laut Beschluss der Klimakonferenz in Baku) 300 Milliarden US-Dollar aufgewendet werden müssen, um **erstens** etwas aufzuhalten, dass es seit Jahrtausenden und Jahrmillionen auf der Erde gibt – ununterbrochen (Klimawandel)! Dass der Mensch das aufhalten kann und will ... was für eine Hybris! **Zweitens**, es sollen 300 Milliarden US-Dollar aufgewendet werden, um die Lebensgrundlage unseres Planeten zu bekämpfen und womöglich zu beseitigen (Kohlendioxid). Und das, obwohl es bis auf den heutigen Tag keinen einzigen Beweis dafür gibt, dass dieses Lebenselixier überhaupt die Temperatur beeinflusst!(Abgesehen von der Frage, vor wem oder was das Wetter eigentlich geschützt werden muss – und warum). Zum Begriff „Klima“: es scheint niemand zu wissen, was „Klima“ wirklich ist, nämlich

nichts weiter als ein künstlich errechneter statistischer Mittelwert von Wetter über einen bestimmten Zeitraum, hier laut Festlegung der WMO 30 Jahre. Es sollen also **drittens** 300 Milliarden Euro aufgebracht werden, um 30 Jahre lang jeden Tag das Wetter zu beeinflussen! So leid es mir tut, aber wer das alles wirklich ernst nimmt, braucht einen Nachhilfe-Kurs zum Thema „gesunder Menschenverstand“. Und ich bin gespannt, ob tatsächlich auch nur ein Cent an korrupte Diktaturen in den Drittweltländern oder gar nach China fließt!

Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige in Australien

geschrieben von Andreas Demmig | 27. November 2024

Von Jo Nova

Wenn es so aussieht wie ein trojanisches Pferd, so riecht wie ein trojanisches Pferd und funktioniert wie ein Trojanisches Pferd – dann wird es auch eines sein, dass alle Erwachsenen zur Verwendung einer digitalen ID zwingt.

Stoppt der Wahlausgang die Energiewende?

geschrieben von Admin | 27. November 2024

Die Rettung der Industrie durch subventionierten Strom ist wirkungslos. Die Energiewende muss gestoppt werden. Wird die kommende Wahl wieder zu einer realistischen Industriepolitik führen?

Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

Die Kostenblöcke jeder Fertigung sind Personal, Energie und Kapital.

Alle drei Blöcke liegen in Deutschland weit über den Kosten der internationalen Wettbewerber. Ursache ist die Energiewende zur

vorgeblichen Weltklimarettung. Ein Drittel Wind- und Solarstrom im deutschen Netz haben die Stromkosten vervierfacht und die sichere Stromversorgung geschwächt. Die Regelkosten für ein stabiles Stromnetz sind von 100 Millionen Euro jährlich auf mehr als 2 Milliarden in die Höhe geschwollen. Wachsende Abgaben auf CO₂-Emissionen verteuern Brenn- und Treibstoffe. Im nächsten Jahr sind dafür rund 15 Cent/Liter Benzin fällig. Die Heizkosten erhöhen sich für einen mittleren Haushalt um weitere 100 Euro im Jahr. Und die CO₂-Abgaben sollen noch weiter steigen.

Die Kosten der Energiewende senken die Erträge in der Wirtschaft bis hin zu Verlusten. Kapital für Investitionen fehlt. Fremdkapital wird mit abnehmenden Ertragsaussichten immer teurer. Die Gesetze und Verordnungen zur Durchsetzung der Energiewende umfassen inzwischen tausende Seiten. Sie binden Personal in den Verwaltungen der Betriebe und blähen die staatlichen Verwaltungen auf. Die Industrie ist nicht mehr in der Lage, wirtschaftlich zu fertigen. Die Kosten für Energie, und in der Folge für Personal und Kapital, sind durch die Energiewende viel zu hoch.

Subventionen sind keine Lösung

Die Rezession und das immer offensichtlicher werdende Abwandern der Industrie in Länder mit einer günstigen Energieversorgung oder in die Insolvenz haben inzwischen zu Reaktionen der Energiepolitiker geführt. Durch Subventionen soll Industriestrom verbilligt werden. Doch das ist keine Lösung. Die Folgen von Subventionierung mit neuen Subventionen auszubügeln, steigert den Unsinn nur. Auch neue Subventionen bezahlen alle Bürger über ihre Steuerlast zusätzlich. Damit nehmen die Kaufkraft der Bürger und die Erträge der Wirtschaft noch weiter ab. Mit Subventionen setzt sich der Niedergang fort.

Meistern lässt sich die Misere nur, wenn die Energiepolitik grundsätzlich geändert wird. Die Versorgung muss von ideologischen Abirrungen wieder auf den Boden der Realität gestellt werden. Dazu brauchen wir in den Führungsebenen der Industrie und der Ministerien Fachleute. Ein Banker als Vorstandsvorsitzender eines großen Energieversorgers oder ein Märchendichter als Wirtschaftsminister mit Staatssekretären ohne Fachkenntnisse in der Energieversorgung sind eine Fehlbesetzung.

Welche Realitäten müssten beachtet werden?

1. Die Energiewende ist nach mehr als 20 Jahren Erprobung gescheitert. Sie führt in

den wirtschaftlichen Niedergang.

2. Kohle, Erdöl und Erdgas müssen die Grundlage für Energie und chemische

Produkte bleiben. Die Nutzung heimischer fossiler Brennstoffe muss ausgebaut

werden. Deutschland wird sonst erpressbar.

3. Energien aus fossilen und atomaren Brennstoffen sind noch für viele Jahrhunderte

vorhanden. Sie sind sicher, bezahlbar und jederzeit verfügbar. Auf ihnen beruht unser Wohlstand.

Die CDU stützt die Energiewende zur Rettung von Profiten

Doch eine Politikänderung nach der kommenden Wahl ist nicht in Sicht. Nach den derzeitigen Umfragen liegt die CDU bei gut 30 Prozent, gefolgt von der AfD mit knapp 20 Prozent. Die Ampelparteien SPD und Grüne sacken ab in Richtung 10 Prozent. Alle anderen Parteien müssen um den Einzug in den Bundestag fürchten. Die CDU braucht danach Koalitionspartner. Da sie Gespräche mit der AfD verweigert, bleiben nur die Versagerparteien SPD und Grüne. Damit wird die Energiewende ohne Einschränkungen fortgeführt, denn die CDU will laut Parteibeschluss unter Federführung ihres Vorsitzenden, Friedrich Merz, weiter das Klima retten.

Doch die Klimarettung dürfte weitgehend vorgeschoben sein zur Rettung der Profite durch die Energiewende. Viele CDU Mitglieder profitieren von dem Bau, dem Betrieb und der Finanzierung der Wind-, Solar- und Biogasanlagen. Die hohen Erträge sind durch die Einspeisevergütungen nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) über 20 Jahre garantiert. Diese Profiteure der Energiewende werden massiv gegen ein Ende der Energiewende ankämpfen. Doch mit der Fortführung der Energiewende, die den Niedergang der deutschen Wirtschaft und die Kaufkraftverluste der Bürger verstärkt, schwinden auch die Profite. Ein Verlängern der Energiewende wird uns allen große Wohlstandsverluste bringen.

Viele Bürger, die schon jetzt mit geringen Einkommen oder Renten an der Armutsgrenze leben, werden aufbegehren. Soziale Unruhen sind programmiert. Auch die bisherigen Profiteure verlieren, wenn die große Masse der einkommensschwachen Bevölkerung die Energie nicht mehr bezahlen kann.

Sofortmaßnahmen für eine sichere und bezahlbare

Energieversorgung

Was müsste getan werden? Sofort sollte der Bau weiterer „grüner“ Energieanlagen gestoppt werden. Das gilt auch für die CO₂-Bepreisung, den Handel mit CO₂-Zertifikaten und CO₂-Grenzwerte im Abgas aus fossilen Brennstoffen. Der Bau der Stromtrassen von Nord nach Süd sollte aufgegeben werden. Kohlekraftwerke in Verbrauchernähe sind viel preiswerter. Allein mit diesen Maßnahmen wird der Strompreis deutlich fallen.

Ferner müssen alle stillgelegten Kraftwerke reaktiviert werden, sofern das wirtschaftlich sinnvoll ist. Die heimische Braunkohle muss zur Verstromung stärker genutzt werden. Sie liefert die günstigste Energie. Neue Kraftwerke sind zu planen und zu bauen. Sie sollten vorwiegend mit heimischen Energieträgern betrieben werden. Dazu muss Fracking zur Förderung von Erdöl und Erdgas in Deutschland erlaubt und unterstützt werden. Steinkohle sollte weiterhin importiert werden. Eine Förderung in Deutschland ist wegen der tiefen Lagerung unwirtschaftlich. Kernkraftforschung sollte wieder unterstützt werden. Atomenergie ist die mittelfristige Energie der Zukunft. Zurzeit allerdings ist der Strom aus neuen Kernkraftwerken unwirtschaftlich teuer.

Probleme zur Beendigung der Energiewende

Ein Problem sind die installierten „grünen“ Stromerzeuger. Hier ist viel Kapital investiert. Ein Abschalten ohne finanziellen Ausgleich würde viele Anleger und Banken in den Ruin treiben. Ein Zusammenbruch der Wirtschaft ist dann zu befürchten. Um das zu vermeiden, muss der Rückbau der „grünen“ Anlagen planmäßig über einen längeren Zeitraum stattfinden. Zur Finanzierung können Einsparungen bei den Stromkosten dienen.

Das Ende der Energiewende ist mit einem großen Aufwand verbunden. Doch am Ende gibt es Licht. Ein Weitermachen dagegen führt in den wirtschaftlichen Abstieg auf das Niveau eines Entwicklungslandes. Bis jetzt sind alle Parteien für ein Weitermachen bis auf die AfD. Wenn viele Mitglieder der CDU zur Werteunion wechseln, könnte die kommende Wahl doch eine Mehrheit für die Beendigung der Energiewende bringen. Der Bürger hat eine schwere Wahl zu treffen.

Leider verbreiten die meisten Medien, voran der öffentlich rechtliche Rundfunk und das Fernsehen, weitgehend nur die Regierungspolitik und hofieren linke Parteien und Gruppen. Eine objektive Berichterstattung sucht man vergebens. Dies ist eine indirekte Wahlbeeinflussung.